



PREIS DEUTSCHLAND 4,50 €

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT KULTUR

17. DEZEMBER 2014 N° 52

## Bittere Schokolade

Zur Weihnachtszeit klingen die Kassen der Süßwarenindustrie. Kaum einer weiß, auf wessen Kosten Ferrero und andere Hersteller an ihre Zutaten kommen

Wirtschaft Seite 21



Titel: Schokoladeneller kreiert von Smetek für DIE ZEIT

FOLTER IN DEN USA

## Der Teufelspakt

Eine liberale Demokratie darf ihre bösen Geister nicht verleugnen, die Gesellschaft muss sie austreiben VON JOSEF JOFFE

Wohl dem, der nicht handeln muss, weil er sich den Grausamkeiten der Welt entziehen kann. Die Zentralmacht Amerika aber agiert in einer Arena, wo nicht unbedingt Kant und Gandhi regieren. Folglich macht sie sich schuldig. Das zeigt der 500-Seiten-Folterbericht des US-Senats bis ins letzte grauenhafte Detail.

Bestätigt darf sich fühlen, wer die USA ohnehin für moralisch verkommen hält. Der Spiegel titelt: *Wie Amerika seine Werte verlor*. Die Linke will die DDR nicht als »Unrechtsstaat« etikettieren, bezichtigt aber Amerika, »nicht besser« als ein solcher zu sein. Freilich mokiert sich der Spiegel auch über die »Empörung deutscher Politiker«. »Scheinheilig« sei sie, weil die hiesigen Behörden von den Amerikanern profitiert haben, aber nicht so genau hingeschaut hätten, wie die CIA »recherchiert« hatte.

Doch um Balken und Splitter im Duell der erhobenen Zeigefinger geht es nicht. Die richtige Frage lautet: Wie weit darf eine Demokratie im Kampf gegen einen Feind gehen, der weder Moral noch Kriegsgesetz respektiert?

Die Antwort des Senats liefert Dianne Feinstein, die Vorsitzende des Geheimdienst-Ausschusses, in der *Los Angeles Times*: Was in orwellischer Manier als »verbesserte Verhörmethoden« beschönigt wird, »war weitaus brutaler, als der Öffentlichkeit, dem Kongress und dem Weißen Haus erzählt worden ist«. Die Agency hat also gelogen. Zweitens: Die Quälerei habe weder »Terrorattacken vereitelt« noch »das Ergreifen von Terroristen ermöglicht«. Die Erkenntnisse »kamen aus anderen Quellen oder von den Häftlingen, bevor sie gefoltert wurden. Tatsächlich produzierte die Folter häufig Falschinformationen.«

Feinsteins Fazit gehört in jedes Lehrbuch demokratischer Dienste. Selbst Napoleon dozierte 1798: »Tortur ist nutzlos. Die Kerle sagen, was man hören will. Deshalb verbiete ich, was gegen alle Vernunft und Menschlichkeit verstößt.« Wer das noch früher erkannt hatte? Die Amerikaner im Fünften Zusatzartikel ihrer Verfassung von 1787: Niemand dürfe »gezwungen werden, gegen sich selber auszusagen«. Das war das erste Folter-Verbot in der Verfassungsgeschichte.

Heute leben wir in einer anderen Welt als Bismarck, der 1857 eiskalt schrieb: »Jede Regierung nimmt lediglich die Interessen zum Maßstab ihrer Handlungen, wie sie dieselben auch mit rechtlichen oder gefühlvollen Deduktionen drapieren mag.« Heute kommt Macht auch von Autorität und Legitimität, und die erfordern eine moralische Rechtschur. Putin kann sich die Krim greifen, aber selbst »Russlandverteher« können den Raub nicht guthießen.

Autoritäre genießen keine Autorität. Ein Geheimdienst, der zur selbstherrlichen Schattenarmee mutiert ist, fügt seinem Land Schaden zu, den kein dubioser Erkenntnisgewinn je aufwiegen könnte. Selbst CIA-Direktor John Brennan gibt gewunden zu: »Wir sind nicht zu dem Schluss gekommen, dass uns die verbesserten Verhörmethoden nützliche Erkenntnisse verschafft hätten.« Ob sie funktionierten, sei »nicht zu erkennen«.

Normalerweise lässt man sein, was nicht zu belegen ist – erst recht angesichts der hohen »Kollateralschäden«. Gleich nach seinem Amtsantritt 2009 hatte Obama denn auch Taktiken wie das »Waterboarding« verboten. Sein damaliger Anti-Terror-Berater Brennan gab reuevoll zu, derlei Methoden hätten Amerika von seinen »nationalen Idealen entfremdet«. Heute legt der CIA-Chef nach: Derart »abscheuliche« Praktiken »müssen wir alle verwerfen«.

Eine Nation, die solche Selbstgespräche führt, hat ihre Werte nicht verloren. Die Rechtfertigungen – das Trauma von »9/11«, die dauerhafte Bedrohung – mögen plausibel sein. Kritiker des Berichts behaupten vehement, die Folter habe doch Nützliches erbracht. Selbst wenn: Es war ein Teufelspakt, auf den sich Bush und sein Vize Dick Cheney eingelassen haben.

Auch Nationalgesinnte werden sich fragen: *Quem ad finem* – wo soll es hinführen, wenn die Angst alles erlaubt? Wenn die CIA Gesetz und

Anstand bricht, weil man ihr die Schmutzarbeit überlässt, um das eigene Gewissen zu schonen? Werden die Dienste nicht auch im eigenen Land die Bürgerrechte verhöhnen? Folter kennt keine Grenzen; der »Gute« wird immer zum Täter.

Die offene Gesellschaft hat einen unschätzbaren Vorteil gegenüber den Autoritären: Geheimhaltung funktioniert nicht. Die liberale Demokratie verleugnet ihre bösen Geister nicht, sondern treibt sie aus. Amerika hat eine lange Geschichte der Selbstkorrektur hinter sich – von den Indianer-Feldzügen über die Sklaverei bis zu Vietnam und Watergate. Das Land »we love to hate« hat diese beispielhafte Fähigkeit gerade erneut bewiesen.

Senatorin Feinstein hat recht: »Folter beschädigt die Seele unserer Nation. Es gibt so manchen dunklen Fleck in unserer Vergangenheit. Doch wir erkennen das Böse, packen es und erlösen uns von ihm.« Sagen wir es nicht ganz so andächtig: Der Senatsbericht wird aus der CIA keinen Kirchenchor machen, aber so zügel- und aufsichtslos wie vor 2009 werden die Leute aus Langley nicht mehr agieren. Über die Kollegen von der NSA wird noch zu reden sein.

www.zeit.de/audio

PROTESTE IN DRESDEN

## Wer sind wir denn?

Eine ehrliche Debatte über Chancen und Probleme der Zuwanderung bringt mehr als das Schimpfen auf Pegida VON GIOVANNI DI LORENZO

Als der angesehene linksliberale Professor Robert Putnam von der Universität Harvard eine große Umfrage zum Verhältnis von gesellschaftlichem Zusammenhalt und Migration auswertete, hatte er erst einmal Hemmungen. Fünf Jahre lang versuchte er noch, die Studie zu ergänzen oder gar zu korrigieren, aber das Resultat blieb in etwa gleich: Da, wo es in einer Gesellschaft besonders bunt zugeht, wird das Verhalten der Menschen ziemlich eintönig. Sie kapseln sich nämlich ab. Der Einzelne ziehe sich, diagnostizierte Putnam, wie eine Schildkröte in ihren Panzer zurück.

So gesehen, ist die enorme Bereitschaft vieler Deutscher, in diesen vorweihnachtlichen Wochen Flüchtlingen zu helfen, ein schönes, nicht unbedingt zu erwartendes Zeichen. Und der Dresdner Protest gegen eine vermeintliche Islamisierung Deutschlands ist vielleicht nicht so überraschend, wie es die große mediale Belegmusik vermuten lässt – eher die Tatsache, dass es in Sachen noch eine relativ homogene Gesellschaft gibt. Wenn aber der Rückzug vor dem Fremden wirklich eine anthropologische Konstante ist, dann muss auch gesagt werden: Der massenhafte Zustrom von Flüchtlingen und Migranten, besonders in diesem Jahr, ist eine gewaltige Herausforderung für das Land. Er ist unter vielen Gesichtspunkten eine Chance und Bereicherung, unter anderen aber auch eine kulturelle und finanzielle Zumutung.

### Je vielfältiger eine Gesellschaft, umso klarer müssen die Regeln sein

Leider lassen die ersten Reaktionen, vor allem aus der Politik, aber nicht nur dort, weder erahnen, dass man den Mut aufbringt, die mit der Zuwanderung verbundenen Probleme zu benennen und zu beheben, noch den Willen erkennen, sich mit den Sorgen und Emotionen vieler Bürger auseinanderzusetzen. Besonders krass fällt da ausgerechnet das Wort von Bundesjustizminister Heiko Maas ins Gewicht. Im Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* sprach er von den sächsischen Pegida-Demonstranten als einer »Schande für Deutschland«. Und die sonst so lebenskluge Gesine Schwan irrlichterte bei *Günther Jauch* mit dem Satz: Was (als Feindbild) früher das Judentum gewesen sei, sei heute der Islam. Das ist ein furchterregend abwegiger Vergleich. Er signalisiert, ebenso wie das Verdikt von Minister Maas: Hier soll nicht mehr argumentiert werden, hier wird einfach nur tabuisiert. Wirkungsmächtiger könnte man für Pegida nicht werben.

Die Härte und Abgrenzung des Staates hätte man sich bei anderer Gelegenheit gewünscht: bei den rechtsextremen Verbrechen der vergangenen Jahrzehnte, vom Wies'n-Attentat, für das eilig die Einzeltätertheorie bemüht wurde (dieser Fall wird endlich neu aufgerollt), bis hin zu den Ermittlungen gegen die Terrorzelle NSU. Im

Mung mit aufgeschreckten Bürgern bringt das Abkanzeln nichts, auch nicht der Verweis auf einige gewiss schauerliche Gestalten, die die Proteste organisieren oder dort mitmarschieren.

Es hilft nur die Benennung und Erörterung der Fakten: Da sind zum einen die vielen Flüchtlinge, etwa aus dem Mittleren Osten. Mehr als 155 000 Erstanträge auf Asyl wurden in den vergangenen elf Monaten gestellt. Diese Menschen pauschal abzuweisen wäre ein Anschlag auf unser Selbstverständnis. Aber die Frage, wie die Lasten in Europa verteilt werden, ist nicht nur legitim, sondern notwendig. Frieden in den Herkunftsländern ist nicht abzusehen, und dass eine Familie, die hier Fuß fassen kann, schnell wieder zurückwill, ist kaum vorstellbar. Hinzu kommen die Arbeitsmigranten und deren Angehörige. Deutschland ist heute schon nach Amerika das beliebteste Einwanderungsland der Welt (2013 kamen etwa 465 000 Zuwanderer, um dauerhaft zu bleiben). Und auch hier ist eine Reglementierung, eine Form von Quotierung, auf Dauer unumgänglich. Aus humanitären Gründen wollen wir Flüchtlinge aufnehmen. Aus demografischen und ökonomischen Gründen brauchen wir Zuwanderung; sie bringt dem Land übrigens, so belegt es eine gerade veröffentlichte, von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegebene Studie, viel mehr ein, als sie es belastet.

Aber wahr ist auch: Eine unkontrollierte Einwanderung ist nie nur ein Gewinn. Es gibt unter Migranten mehr Arbeitslose als im Durchschnitt der Bevölkerung und unter Ausländern mehr jugendliche Kriminelle, was oft soziale Ursachen hat. Die Terrorgefahr auf der ganzen Welt ist eine islamistische. Nur bringt es viele Menschen zur Raserei, wenn die Politik auf diese Probleme mit Verharmlosung und Sprechverboten reagiert. Je vielfältiger eine Gesellschaft, desto klarer müssen die Regeln sein: in diesem Fall der Wille zur Integration, der Lebensunterhalt von eigener Hände Arbeit, die Einhaltung von Recht und Gesetz.

Bislang haben sich die Deutschen übrigens nicht sehr viel vernünftiger verhalten als 1992, als in einem Jahr fast 500 000 Flüchtlinge in die Bundesrepublik drängten. Damals brannten die Asylbewerberheime, und lange war unklar, ob der ausländerfeindliche Mob nicht die Avantgarde der schweigenden Mehrheit war. Und die Debatte um das Sarrazin-Pamphlet, eine Art Pegida im Buchhandel, hat das Land am Ende offener und nicht verschlossener gemacht.

Der Zustrom von Flüchtlingen oder Migranten macht das Land am Ende auch nicht zwangsläufig zu einer Nation von sozialen Autisten. Der Harvard-Professor Putnam sagt, dass die Selbstisolierung nur eine vorübergehende Phase sei, an deren Ende auch ein neues Wirgefühl stehen könne. Aber dafür ist noch viel, sehr viel zu tun.

Siehe auch: Thomas Assheuer über die neue Allianz des Protestes. **Politik Seite 4**

www.zeit.de/audio

### 2014!

Lass dich optimieren!

Ein nicht ganz so lieber Rückblick auf die Debatten des Jahres von Jens Jessen

Feuilleton, Seite 43



Die Serie über den Schlachtbetrieb und Keime aus deutschen Ställen: Was der Agrarminister dazu sagt

Wirtschaft, Seite 24

Kampfansage in den Bergen Interview mit Kurdenführer Cemil Bayik, der Erdoğan mit Terroristen des IS vergleicht Politik, Seite 6

PROMINENT IGNORIERT



Lob des Glühweins

Was wären die Weihnachtsmärkte ohne den köstlichen Glühwein? Er besteht aus Zucker und Nelken, Muskat und Anis, Zimt und Piment, aus Hydroxymethylfurfural, Natamycin und stimmungsaufhellenden Amphetaminen. In der Regel ist auch noch Wein dabei. Von dieser Mischung trinke man so lange, bis das Lied *Kling, Glöckchen, klingelingeling* wie von selbst im Kopf erklingt, und warte auf den Weihnachtsmann. GRN.

Kleine Fotos: Philipp Reiss/plainpicture (o.); Alamy/Mauritius

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg  
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail: DieZeit@zeit.de, Leserbrief@zeit.de  
ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de; ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

ABONNENTENSERVICE:  
Tel. 040 / 42 23 70 70,  
Fax 040 / 42 23 70 90,  
E-Mail: abo@zeit.de

PREISE IM AUSLAND:  
DKR 45,00/NOR 65,00/FIN 7,00/E 5,50/  
Kanaren 5,70/F 5,50/NL 4,80/A 4,60/  
CHF 7,30/I 5,50/GR 6,00/B 4,80/P 5,50/  
L 4,80/HUF 1960,00

## N°52

69. JAHRGANG C 7451 C



4 190745 104500 5 2